

MdL Hans Herold freut sich über Erfolg beim Hallenbad Uffenheim: Erhalt durch Sanierung mit hoher finanzieller Unterstützung des Freistaates Bayern möglich

Informieren Sie sich näher:

Zum Hallenbad
Seite 2/3
Stadt- und
Kreisrat Ewald
Geißendörfer

Zum Gesundheitszentrum Uffenheim Seite 4
Stadtrat
Dr. Stefan Streng

Zum Kindergartenneubau
Seite 5
Stadtrat
Achim Endreß

„Mensch bleiben“
Seite 6
Kommentar von
Stadtrat
Winfried Malcher



Uffenheim: „Es freut mich sehr, dass mit der Anerkennung des Bestandsschutzes nun eine Sanierung des Hallenbades Uffenheim mit einer hohen staatlichen Förderung möglich ist“, so der Stimmkreisabgeordnete Hans Herold, der sich sehr für diese Lösung eingesetzt hat

In seiner politischen Verantwortung als Landtagsabgeordneter, aber auch in seiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender der Christian-von-Bomhard-Stiftung habe er den ganzen Prozess, der nun zu dieser Lösung führte, begleitet und sich bei den zuständigen Stellen für eine bestmögliche Förderung des Projektes stark gemacht. „Das Hallenbad Uffenheim ist eine wichtige Einrichtung für die ortsansässigen Schulen und den Schulsport, für schwimmbegeisterte Uffenheimer Bürgerinnen und Bürger sowie ein nicht zu unterschätzender Standortvorteil der Stadt und ihres Einzugsgebietes“, so Hans Herold.

Bereits im April 2016 lud der Abgeordnete Hans Herold Vertreter der Regierung von Mittelfranken, der Stadt Uffenheim, darunter Bürgermeister Wolfgang Lampe, und der Christian-von-Bomhard-Schule zu einem Treffen vor Ort ein, um Fördermöglichkeiten zu besprechen. Ein besonderes Anliegen war Hans Herold hierbei, dass sowohl die Stadt Uffenheim als auch die Christian-von-Bomhard-Stiftung als die beiden Kostenträger für einen eventuellen Neubau bzw. eine umfassende Sanierung staatliche Fördermittel erhalten.

Dieses Treffen stellte entscheidend die Weichen für das weitere Vorgehen, da hierbei seitens der Regierung von Mittelfranken sowohl für einen Neubau als auch für eine Sanierung des bestehenden Hallenbades staatliche Fördermittel zugesagt wurden.

Im Rahmen eines Neubaus könnte eine staatliche finanzielle Unterstützung jedoch nur für 17-Meter-Bahnen gewährt werden, die Förderobergrenze läge bei 2,1 Mio. Euro. Bei einer Sanierung dagegen läge die Obergrenze bei 4,1 Mio. Euro, der Anteil der Stadt Uffenheim könnte mit einer höheren Förderung bedacht werden und die bestehenden 25-Meter-Bahnen dem Bad erhalten bleiben. Für eine Sanierung war jedoch die Anerkennung des für kommunale Bäder geltenden, erweiterten Bestandsschutzes notwendig

Nach Gesprächen des Stimmkreisabgeordneten Hans Herold mit den beiden zuständigen Staatsministern, Dr. Markus Söder und Dr. Ludwig Spaenle, teilte das Finanzministerium im Januar dieses Jahres mit, auch im Einklang mit der Regierung von Mittelfranken, dem Bestandsschutz für die Generalsanierung des Hallenbades staatliche Fördermittel zugesagt wurden.

Hallenbad Uffenheim

Die CSU-Stadtratsfraktion befasste sich schon lange mit der unbefriedigenden baulichen Situation im Hallenbad der Christian von Bomhard-Schule. Bereits im Kommunalwahlkampf 2014 konnten sich bei einem Besuch vor Ort Staatssekretär Füracker, MdL Hans Herold und der damalige stellv. Landrat Helmut Weiß gemeinsam mit der CSU-Ortsvorsitzenden Ulrike Streng, Stadt- und Kreisräten sowie den Stadtrats-Kandidaten vom desolaten Zustand des Uffenheimer Hallenbades überzeugen. Sowohl Staatssekretär Albert Füracker, MdL Hans Herold und stellv. Landrat Helmut Weiß sicherten der Stadt Uffenheim ihre volle Unterstützung bei einem höchstmöglichen Zuschuss zur Sanierung des Hallenbades zu.



Deshalb stellte die CSU-Fraktion am 29.10.2014

einen Antrag zur Planung eines Hallenbadkonzeptes mit dem Ziel, die Stadt möge die Planung zum Bau eines Hallenbades in städtischer Trägerschaft aufnehmen. Um weitere Schritte planen zu können, empfahl der Finanz- und Werksausschuss am 04.11.2014 Mittel für eine Machbarkeitsstudie Hallenbad in den Haushalt 2015 aufzunehmen. Es sollten beide Alternativen Neubau und Generalsanierung geprüft, überschlägige Kosten ermittelt sowie eine mögliche Finanzierung dargestellt werden. Dies beschloss der Stadtrat in seiner Sitzung am 13.11.2014 mit 19:0 Stimmen. In der Stellungnahme der Verwaltung heißt es: Nach den Zuwendungsrichtlinien für Schulschwimmbäder kann ein Neubau oder eine Sanierung nur gefördert werden, wenn eine Nutzung durch mindestens 60 Sportklassen erfolgt.

Da die Christian-von-Bomhard-Schule als Privatschule ca. 42 Sportklassen und die Grund- und Mittelschule ca. 25 Sportklassen hat, könne nach den derzeitigen Richtlinien eine staatliche Förderung zum Neubau oder zur Generalsanierung des Hallenbades in städtischer Trägerschaft nicht erfolgen. Bei Schulschwimmbädern wird zwischen einer Einzelübungsstätte (16 2/3 m) und einer Doppelübungsstätte (25 m Beckenlänge) unterschieden. Uffenheim hat demnach einen Anspruch auf Förderung für eine Einzelübungsstätte mit einem 16 2/3 m-Schwimmbekken. In dieser für Uffenheim völlig unbefriedigenden Situation haben wir von der Uffenheimer CSU Kontakt mit unserem Landtagsabgeordneten Hans Herold aufgenommen. Es war weder für die verantwortlichen Vertreter der Uffenheimer CSU noch für MdL Hans Herold hinnehmbar, dass die Stadt wegen der unterschiedlichen Fördervoraussetzungen aus der staatlichen Förderung fallen solle. MdL Hans Herold konnte dann im März 2015 einen tollen Durchbruch vermelden. Es war möglich, dass das Uffenheimer Hallenbad Zuschuss aus zwei Fördertöpfen erhalten könne. Für den städtischen Anteil die Finanzierung nach dem kommunalen Finanzausgleichsgesetz mit bis zu 60 % und der Anteil der Christian-von-Bomhard-Schule nach dem Schulfinanzierungsgesetz mit 50 % Zuschuss. Dazu äußerte sich Stadtrat Barz laut FLZ vom 24.03.2015: die Machbarkeitsstudie zur Sanierung des Hallenbades: „Das ist eine reine Luftnummer der CSU, das können wir uns im Moment nicht leisten“. In diesem Zusammenhang bezeichnete er den CSU-Landtagsabgeordneten Hans Herold „als Landkreis Schutzengel, der regelmäßig sein Füllhorn über uns ausschüttet“ als ob er „persönlich das Geld locker macht“, so in der FLZ.

In der Sitzung des Stadtrates vom 22.09.2016 legte der Bürgermeister ein Finanzierungskonzept mit einem Zuschussantrag, ohne Vorberatung in den dafür zuständigen Ausschüssen, dem Stadtrat zur Beschlussfassung vor. Beantragt werde der Neubau eines Hallenbades mit einem Kostenrichtwert von 2.104.700,- € und einer 16 2/3 m Bahnlänge. Die Gesamtkosten lägen bei 3,8 Mio. €, die Klassen der Grund- und Mittelschule erhalten einen Zuschuss von 60 %, die Klassen der Christian-von-Bomhard-Schule einen Fördersatz von 50 %. Trotz des alleinigen Vorgehens des Bürgermeisters begrüßten die Stadträte der CSU das Vorhaben: Stadtrat Dr. Streng begrüßte es den Schulstandort Uffenheim zu stärken, ich begrüßte es, dass nun ein Finanzkonzept auf dem Tisch liege und 3. Bürgermeister Stephan Popp sah den Landkreis in der Pflicht. Stadtrat Barz nannte die Förderung nach einer 25 m-Bahn wiederum eine „Luftnummer“. Im Laufe der weiteren Beratungen in den Kreisgremien wurde deutlich, dass die Stadt auch aus rechtlichen Gründen nicht mit dem von ihr beantragten Zuschuss in Höhe von 714.000,- € rechnen könne.

Es wurde auch klar, dass das Hallenbad in Uffenheim nur verwirklicht werden kann, wenn man von einer Neubaulösung Abstand nimmt und eine Sanierung des bisherigen Bades mit einer vorhandenen 25 m-Bahn umsetzt. Der Bürgermeister gab zu diesem Zeitpunkt noch dem Neubau den Vorzug (Siehe dazu: Distel Ausgabe 10/2016). Deshalb habe ich in Abstimmung mit der CSU-Fraktion am 13.11.2016 einen Antrag an die Stadt gestellt. Ich habe beantragt, dass durch weitere Untersuchungen die Sanierungsmöglichkeiten des Uffenheimer Hallenbades überprüft und die Kosten ermittelt werden sollen. Nur so könne für Uffenheim und den Schulsport ein Hallenbad mit einer 25m-Bahn realisiert werden. Dieser Antrag wurde bis heute weder dem Stadtrat vorgelegt noch wurde dieser beraten. Zeitgleich haben sich die Verantwortlichen der Uffenheimer CSU wiederum an den Abgeordneten Hans Herold gewandt. Er möge sich doch bitte dafür einsetzen, dass die Stadt ebenfalls in eine Förderung für eine Sanierung des bestehenden Hallenbades komme, hinsichtlich der bereits dargelegten Gründe.

Am 25.01.2017 teilte MdL Hans Herold mit, dass es ihm durch intensive Gespräche mit Bildungsminister Spaenle und Finanz- und Heimatminister Söder gelungen sei, für das Hallenbad Uffenheim den Bestandsschutz mit einer 25 m-Bahn erreicht zu haben. Statt sich bei Hans Herold öffentlich zu bedanken, nutzt Bürgermeister Lampe die folgende Sitzung zu einem unterirdischen Angriff an meine Person. Er bezog sich auf Beratungen des Kreisausschusses vom 23.01.2017, bei denen es um die Bereitstellung von Finanzmitteln in der mittleren Finanzplanung im Kreishaushalt ging. Für das Uffenheimer und Scheinfelder Hallenbad war eine eigene Haushaltsstelle vorgesehen. Da jedoch noch keine Beschlüsse vorlagen, sollten dies lediglich „Merkposten“ sein, so Landrat Weiß. Die Summen sollten dann eingestellt werden, wenn die entsprechenden Beschlüsse vorlägen. Diese Position wurde sowohl vom Vorsitzenden der SPD-Kreistags-Fraktion als auch von mir befürwortet.

Diese Aussage bezeichnete der Bürgermeister als „kontraproduktiv“. Daraufhin erläuterte ich dem Stadtrat und Bürgermeister den Sachverhalt. Ich bin selbstverständlich für eine Bezuschussung durch den Landkreis. Da am 23.01.2017 noch keine Informationen vorlagen, ob in Uffenheim ein Neubau oder eine Sanierung erfolge, bin ich für Abwarten gewesen, bis verlässliche Zahlen vorlägen. Wenn der Bürgermeister mehr „Gemeinsamkeiten“ einfordere, so läge es doch an ihm dies umzusetzen.

Fazit: Die Sanierung des Uffenheimer Hallenbades war für den Bürgermeister und die SPD-Fraktion ein ungeliebtes Projekt, das nicht auf ihrer Agenda stand. Die wiederholten Äußerungen wie „Luftschloss“ sind dafür ein Beleg. Nur durch das ständige Bohren seitens der Uffenheimer CSU sind wir heute in der Situation, ein Hallenbad mit einer 25 m-Bahn für den Schulstandort und das Mittelzentrum Uffenheim zu erhalten.

Besonderer Dank gilt unserem Landtagsabgeordneten Hans Herold, der uns nicht nur von Anfang an in dieser Frage unterstützt hat. Er hat Klippen umschifft und unüberwindbare Hindernisse aus dem Weg geräumt. Ohne Hans Herold und die Unterstützung aus den beiden Ministerien wäre ein Erhalt des Hallenbades stark gefährdet, eine Sanierung in weiter Ferne, wenn nicht gar unmöglich.



Ewald Geißendörfer
Stadt- und Kreisrat



Besichtigung des Hallenbades Uffenheim 07.03.2014



Dr. Stefan Streng
Stadtrat und
CSU-Fraktionssprecher

„Gesundheitszentrum/Ärztehaus Uffenheim“: Ein Nachruf – oder ein Weckruf

Ich stehe vor dem Wunschgrundstück für das Gesundheitszentrum in der Sparkassenstraße und mir kommen die Worte des Uffenheimer Bürgermeisters in den Sinn: „Das Gesundheitszentrum ist gestorben. Es ist toter als tot“. Mit dieser harten Aussage beerdigt der Bürgermeister einen vielfach geäußerten tiefen Wunsch Uffenheimer Bürger nach der Schließung des Krankenhauses. Aber auch für die Umsetzung der Innenstadtentwicklung (ISEK) ist dieses klare Bekenntnis des Bürgermeisters schwerwiegend. Die Wirkung für die Förderung der Attraktivität und der Belebung der Kernstadt ist fatal. Aber warum hat es mit dem Gesundheitszentrum nicht geklappt?

Im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 hat sich die Option abgezeichnet, dass ein privater Investor bereit wäre, das Projekt „Gesundheitszentrum“ auf eigene Initiative im Bereich Sparkassenstraße durchzuführen. Es existierten damals schon Vorplanungen und konkrete Überlegungen, ausgearbeitet durch ein Bauträgerbüro. Diese wurden von der CSU der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Vorteil in dieser Konstellation wäre gewesen, dass die Kommune das Vorhaben lediglich ideell, politisch und natürlich im Rahmen der eigenen Möglichkeiten rechtlich hätte unterstützen müssen (Bauleitplanung, Erschließung/Sanierung Sparkassenstraße, Genehmigungsfragen...). Der finanzielle Aufwand wäre außerhalb des eigentlichen Projekts – in den „notwendigen Rahmenbedingungen“ (Altstadtsanierung etc.) gelegen, welche sowieso zu erledigen wären.

Nach der Kommunalwahl wurde das vorhandene Konzept anfänglich vom neuen Bürgermeister noch etwas begleitet, aber dann schon sehr bald eine Variante favorisiert, in der die Stadt die finanzielle und baurechtliche Verantwortung übernehmen sollte. Die Interessenten hofften auf günstige Mieten durch eine städtische Bauträgerschaft.

Im Rahmen der kommunalen Allianz wurde in dieser Zeit die Beantragung von Projekten für das Förderprogramm EFRE diskutiert. Bürgermeister Lampe verfolgte daraufhin den Weg, das Gesundheitszentrum über diese Schiene realisieren zu können. Die Kriterien und die Zuschussmöglichkeiten klangen verlockend. Die CSU hat diesen Weg grundsätzlich unterstützt, des Projektes und dessen Bedeutung wegen. Wir haben jedoch die Erfolgchancen von Anfang an bezweifelt und vielmehr weiterhin auf die unseres Erachtens einzig mögliche Verwirklichung durch die private Hand hingewiesen. Eine Errichtung und gar einen Betrieb eines wie auch immer genannten medizinischen Versorgungszentrums durch die öffentliche Hand (in dem Fall einzig und allein durch die Stadt) haben wir ständig kategorisch abgelehnt. Der Antrag über das EFRE-Programm ist dann tatsächlich grandios gescheitert. Auf Grundlage der dadurch bestehenden Planung aber hat der Bürgermeister weiter an einer Durchführung des Projekts durch die Stadt gearbeitet und im Lauf der Zeit, auf Nachfragen im Stadtrat, über mögliche Überlegungen informiert. Eine tragfähige Lösung hat sich letztendlich nie abgezeichnet. Wir haben pausenlos gebetsmühlenartig auf die Notwendigkeit von privaten Investoren hingewiesen, z. B. auch durch den Finanz- und Bankensektor wie es bei kommunalen Projekten auch hier im Landkreis bereits erfolgte. Die ungeschickte Entscheidung, das Gesundheitszentrum im EFRE-Programm zu beantragen ohne parallel an einem Plan B zu arbeiten, hat sehr viel Zeit gekostet und den Kreis der Interessenten ausgedünnt. Sicherlich fehlt es dem Bürgermeister als kommunalpolitischen Neueinsteiger hier an Erfahrung, unsere Hinweise (z. B. Sparkasse als Investor) und Forderungen blieben leider anfangs unbeachtet.

Endlich präsentierte dann der Bürgermeister Anfang 2016 die Sparkasse im Landkreis als interessierten durchführenden Investor. Es wurde zu einer Besprechung geladen und die weitere Abwicklung weitestgehend der Sparkasse überlassen. Da es dann auch wieder in der öffentlichen Wahrnehmung sehr still um das Projekt wurde, hat der Bürgermeister erst wieder auf Nachfrage Ende Oktober 2016 kurz und knapp erklärt, dass das Gesundheitszentrum gestorben sei.

Mit zunehmender verstrichener Zeit ließ immer mehr das Interesse der Ärzteschaft an der zukunftsweisenden Einrichtung nach. Vielleicht wurde aber auch zu sehr der Focus nur auf die Ärzteschaft gerichtet. Es gab durchaus auch Interessenten aus der weiteren Gesundheitsbranche, die eine gewisse Anziehungskraft auf das Objekt ausgestrahlt hätten.

Ich stehe immer noch vor dem Grundstück in der Sparkassenstraße und habe wieder die ersten Vorplanungen aus dem Jahr 2014 für das Gesundheitszentrum vor meinem inneren Auge. Mit der damals vorgeschlagenen modularen Bauweise, erweiterbar für zukünftige Entwicklungen in der Gesundheitsversorgung, halten wir eine Realisierung eines solchen Vorhabens nach wie vor für einen privaten Investor für wirtschaftlich machbar und den richtigen Weg für Uffenheim.

Für die Entwicklung Uffenheims ist es sicherlich sinnvoll, das Thema „Gesundheitszentrum“ nochmals unter den nun gegebenen Voraussetzungen konzeptionell zu überdenken und nicht gleich zu beerdigen. Der Bürgermeister sollte aus der Vergangenheit gelernt haben. Für ihn nicht vorstellbar war z. B. auch der Erhalt der beiden Rektorenstellen an der Grund- und Mittelschule, welcher durch den massiven Einsatz des Stadtrates erzwungen wurde. Auch der in dieser Ausgabe beschriebene Erhalt des Hallenbades mit 25m-Becken stellt ein Beispiel für Einsatz und Beharrlichkeit dar.

Fazit: Nicht zu schnell den Kopf in den Sand stecken! Es lohnt sich, Chancen aktiv zu suchen und hartnäckig zu verfolgen, sie werden einem nicht immer auf dem Silbertablett serviert!

Liebe Leserinnen und Leser,

ich möchte Sie mit diesem Artikel über den aktuellen Stand des Kindergartenneubaus in Uffenheim informieren und Ihnen erläutern, wie es dazu kam...

Gerade in Zeiten der Überalterung von ländlichen Gebieten freut es mich besonders, dass in Uffenheim die Zahl der Kinder stetig und konstant zunimmt!

In der Juli-Sitzung 2015 des Stadtrates berichteten uns die Leiterinnen der zwei Uffenheimer Kindergärten schon, dass ihre Häuser ausgebucht sind und eine Warteliste besteht. Auf meine Nachfrage nach Handlungsbedarf wurde auf die Ausbaumöglichkeit in Welbhausen und des St. Johannis Kindergartens verwiesen. Im Oktober 2016 berichtete die Verwaltung, dass mind. 30 Kinder in Uffenheim keinen Kindergartenplatz haben. Wir sahen alle den akuten Handlungsbedarf und erörterten die Möglichkeiten, wie wir den betroffenen Eltern schnell helfen können, um ihnen Planungssicherheit geben zu können.

Durch alle Fraktionen hinweg entschieden wir uns, als kurzfristige Lösung für die Miete zweier Wohncontainer, um eine schnelle Übergangslösung zu schaffen. Ich glaube, es war niemand sehr begeistert von der Variante, aber es war für uns zu dem Zeitpunkt die einzig umsetzbare Möglichkeit, zeitnah Kindergartenplätze zu schaffen.

Im Dezember zerschlug sich diese Möglichkeit dann, da sich die Mietpreise dieser Container um mehr als das Dreifache erhöhten! In den Ausschüssen wurde uns vorgeschlagen, selbst einen Kindergarten zu bauen. Dieser sollte in Modulbauweise errichtet werden, um ihn schnellstmöglich fertigstellen zu können. Diese Bauart hat nichts mehr mit irgendwelchen Containerbauten zu tun, sondern ist eher mit einem Fertighaus zu vergleichen. Schon 10 Tage später stand dieser Vorschlag zur Abstimmung.

Wir waren uns in der CSU-Fraktion einig, dass dies wohl die beste Möglichkeit sei, den Uffenheimer Kindern den Betreuungsplatz zu schaffen, den sie brauchen. Somit stimmten wir in der Dezembersitzung diesem Antrag auch zu, um keinen Zeitverzug bei Planung, Genehmigung und Umsetzung zu bekommen. Wir waren uns aber auch einig, dass noch viele Fragen zu klären sind.

Für mich, der ich selbst Vater eines Kindergartenkindes bin, ist ein Kindergarten nicht nur ein Gebäude, in dem unsere Kinder untergebracht sind, sondern ein Ort, an dem sich unsere Jüngsten so wohlfühlen sollten, als wäre es ihr zweites Zuhause. Sie verbringen teilweise genauso viel Zeit dort, wie in ihrem elterlichen Umfeld.

Deshalb brauchen wir für den Bau aber auch ein vernünftiges Konzept. Soll dieser Kindergarten einzelne Gruppen haben oder aus einer großen offenen Gruppe bestehen? Bekommen die Kinder das Mittagessen aus der hauseigenen Küche oder wird dieses gebracht? Welche Aufgabe erwartet uns mit der Integration von Kindern aus anderen Ländern? Welche Konzeption hat der künftige Träger und wer wird dies sein? Wie geht es mit dem Ausbau der zweiten Gruppe in Welbhausen weiter?

All diese Punkte müssen wir zusammen, über die Parteifraktionen hinweg, gemeinsam besprechen, um die beste Lösung für uns alle zu erreichen!

Die nächste Entscheidung in eben dieser Sitzung im Dezember sollte die Wahl des Standortes für diesen Bau sein. Die Standortwahl gehört für mich auch zu einem dieser Punkte, der sorgfältig durchdacht sein sollte. Die Verkehrssituation, Erweiterungsmöglichkeit, Lärmpegel in der Nachbarschaft, fußläufige Erreichbarkeit oder ob er zum Konzept des künftigen Trägers überhaupt passt, sind da durchaus zu hinterfragen.

Die Verwaltung schlug 10 Tage vor der Stadtratssitzung einen Platz am nördlichen Rand der „Adelhöfer Siedlung“ vor, und Ewald Geißendörfer brachte dann noch einen Standort neben dem Netto Markt ins Spiel. Unsere Fraktion vertrat dann in der Stadtratssitzung die Meinung, dass nach 10 Tagen Überlegungszeit noch nicht alle Punkte ausreichend durchdacht waren und vielleicht weitere Plätze auch in Frage kommen würden. Wir waren nicht prinzipiell gegen diesen Standort, aber wollten nach dem besten für Uffenheim suchen. Der CSU-Wunsch, die Standortwahl erst in der Januarsitzung zu entscheiden, wurde jedoch abgelehnt und es kam im Dezember in dieser Sitzung zur Abstimmung.

Bei einem Projekt dieser Wichtigkeit finde ich es sehr wohl relevant, dass der gesamte Stadtrat eine gemeinsame Lösung findet, mit der alle Mitglieder gut leben können! Die Entscheidung fiel mit 9:8 Stimmen für den Platz in der „Adelhöfer Siedlung“. Ob man bei einer so knappen Entscheidung dann von einer „gelebten Demokratie“ spricht oder der Vorschlag einfach noch nicht zu Ende gedacht war, kann man jetzt sehen wie man will.

Diese Entscheidung ist nun gefallen und ich freue mich darauf, einen neuen 2-gruppigen Kindergarten am nördlichen Rand der Adelhöfer Siedlung mitgestalten zu dürfen. Ich werde mich auch dafür einsetzen, dass wir zeitnah am Ausbau des Kindergartens Welbhausen arbeiten können. Solch schöne Projekte sollte man nicht madig machen, indem man Fehler bei anderen sucht, sondern konstruktiv zusammen vorantreiben, wie es bei der CSU üblich ist.

Ihr Stadtrat Achim Endreß



Auf den **Punkt** gebracht

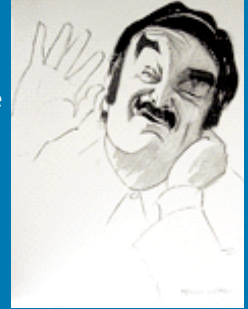
Kommentar von Stadtrat Winfried Malcher

Mensch bleiben!

Jürgen von Manger hat in seiner Bühnenrolle als „Adolf Tegtmeier“, Sinnbild des SPD nahen Ruhrpott-Kumpels, kräftig ausgeteilt. Am Ende seiner kabarettistischen Exkurse wurde aus Kritik aber oft humorvolle Selbstkritik, er baute Brücken zu den von ihm kritisierten Personen und er schloss stets versöhnlich mit dem berühmten Apell: Mensch bleiben! Nicht zuletzt für diesen respektvollen Umgang mit Andersdenkenden wurde Jürgen von Manger 1987 mit dem Großen Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet. Mensch bleiben! Nichts Anderes wollte wohl auch Stadtrat Heiko Maar als er in der Sitzung vom 26.01.2017 ein beachtenswertes Memorandum zum Umgang mit dem andersdenkenden Stadtratskollegen verlas, das im Gegensatz zur Darstellung in der lokalen Presse, von nahezu allen Mitgliedern am Ratstisch mit Beifall honoriert wurde.

Mensch bleiben! Das würde ich mir wünschen, wenn ich die Februarausgabe der Distel 2017, insbesondere die Artikel aus der Feder von Herrn Wolfgang Barz lese – so viel Feindseligkeit, Aggression und Verkrampfung! Haben wir das wirklich nötig? Alle Menschen, die als gewählte Vertreter unserer Bürgerinnen und Bürger am Ratstisch in Uffenheim sitzen, wollen der Stadt Bestes. Davon gehe ich aus und das deckt sich mit meiner langjährigen Erfahrung im Stadtrat. Wer dabei nicht meiner Meinung ist, muss nicht gleich verzögern, verhindern, verschleiern oder parteipolitischen Eigennutz über das Gemeinwohl stellen. In der Regel führen viele Wege zum Ziel (siehe Hallenbad!) und die Vielfalt belebt das politische Geschäft. Also, Herr Kollege Barz, etwas mehr Entkrampfung, Humor und Offenheit für den anders Denkenden in Ihren Kommentaren würde der gemeinsamen Sache sehr gut tun!

Mensch bleiben! – sagt Tegtmeier!



Auf ein Wort...

In unserer heutigen Informationsgesellschaft ist es nicht immer einfach sich ausreichend, umfassend und wahrheitsgemäß informieren zu können. Uns steht eine unendliche Zahl an Quellen zur Verfügung.

In der Darstellung einer Tatsache spielt die Perspektive der Berichterstattung eine erhebliche Rolle. Durch das Weglassen wichtiger Nebeninformationen oder durch persönliche Interpretationen kann ein und dieselbe Nachricht eine vollkommen andere Tatsache vorspiegeln.

Sie erhalten mit diesem aktuellen Blickpunkt die Möglichkeit, sich umfassend zu wichtigen Themen der Uffenheimer Kommunalpolitik zu informieren. Zudem können Sie regelmäßig bei unseren Öffentlichen Stammtischen in den Ortsteilen sowie in der Stadt mit uns ins Gespräch kommen. Die Termine stehen in der Tagespresse, auf unserer Homepage oder in Facebook unter „Zukunft gemeinsam gestalten“.

Ihre

Ulrike Streng

CSU-Kreisrätin und Vorsitzende des CSU-Ortsverbandes Uffenheim



**Für ein starkes
Uffenheim im
Landkreis**

Termine

Nächster öffentlicher CSU-Stammtisch im Gasthaus in Uttenhofen
am Mittwoch, den 05.04.2017 um 20:00 Uhr

CSU-Sommerfest: 23. Juli 2017 von 11.00 - 17.00 Uhr
auf dem Schlossplatz in Uffenheim